

## «Klartext reden!»

von Dr. Stephan Rietiker, Präsident Pro Schweiz

Sehr geehrte Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde von Pro Schweiz,

Es ist mir eine grosse Ehre und Verpflichtung zugleich, heute vor Ihnen stehen zu dürfen. Wenn ich in die Runde schaue, so fühle ich mich etwas an die eingeschworene Truppe der Freiheitskämpfer in Gottfried Kellers «Fähnlein der sieben Aufrechten» erinnert. Unsere Vorfahren haben sich die Freiheit und Souveränität hart erkämpft, uns obliegt es, dieselben für nächste Generationen zu erhalten.

Ich möchte Sie in meinem heutigen Referat mit dem Titel: «Klartext reden» auf unsere zukünftigen Herausforderungen einchwören. Ich beginne meine Ausführungen mit einer Lagebeurteilung.

Die **geopolitische Situation** hat sich in den letzten 12– 18 Monaten drastisch verändert: während die USA noch bis 2020 als alleinige Supermacht anerkannt wurden, haben sich nun mit einem erstarkten und zunehmend aggressiv auftretenden China (Stichwort Taiwan) neue Blöcke gebildet. So bedenke man, dass die Partnerschaft zwischen China, Russland, Indien, Brasilien, Iran und neuerdings auch Saudi-Arabien zusammen rund 1/3 der Weltwirtschaft und ein massives Übergewicht in Bezug auf die Bevölkerung ausmacht! Europa, – und damit meine ich den Kontinent und nicht die EU – einst das Abendland mit Völkern von Dichtern und Denkern, grossem hegemonialem Anspruch und starkem Unternehmertum, verkommt zusehends zum Statisten und verspielt seine Trümpfe täglich. Kritisches Denken ist verpönt oder wird gar verboten; Andersdenkende werden niedergeschrien und eigenständige Wertungen und Urteile sind unangebracht. In letzter Konsequenz bedeutet das den Untergang für jede freie Gesellschaft. In der Politik kommt es immer mehr dazu, dass die Unfähigsten von den Unproduktivsten gewählt werden, wobei diejenigen, die sich am wenigsten selber erhalten oder Erfolg haben können, mit Gütern und Dienstleistungen belohnt werden, die aus dem konfiszierten

Wohlstand einer schwindenden Anzahl Produktiver bezahlt werden («Ineptokratie»). Beachtet man den Zerfall des Euro verheisst das nichts Gutes für die Zukunft ... Militärisch ist die EU mehr oder weniger am Boden und völlig von der Nato abhängig und damit von den USA! Waren die Offiziere früher selbstbewusst und bisweilen knorrig, sind die Offiziere von heute oft angepasste, fade Manager in Uniform, die sich eher wegduckten anstatt für ihre Meinung einzustehen.

**In der Schweiz** sind die Verhältnisse zum Glück noch nicht so verfahren, aber auch wir bewegen uns tendenziell immer näher zum Abgrund: Die Zuwanderung brachte uns in den letzten 20 Jahren 2 Millionen Menschen, sodass wir nun eine 9 Mio.-Schweiz sind. Notabene: in keinem anderen Land ausser Luxemburg ist die Zuwanderung derart hoch! Die Folgen sind klar: Kapazitätsengpässe bei Strassen, Wohnungen und Schulen. Trotzdem geht die Einwanderung munter weiter! Klimawandel und political correctness sind wichtiger als das Wohlergehen der Bevölkerung. Feigheit, Opportunismus und Anpassung sind weit verbreitet. Mittels «political correctness» und der aufkeimenden Woke-und Cancel-Kultur versucht eine Minderheit, uns sprachlich und gedanklich zu drangsalieren, marginalisieren und zum Schweigen zu bringen. Anstatt geschichtliche Fakten im Zusammenhang mit dem damaligen Verständnis einzuordnen und daraus die Lehren zu ziehen, wird mit dem Verständnis der heutigen Zeit völlig unreflektiert der Stab über historische Persönlichkeiten bzw. Ereignisse gebrochen und als einzig gültige Lehre oder zulässige Meinung hingestellt. Dies notabene mit dem Placet der Medien. Wer in den Sozialmedien eine andere Meinung vertritt, wird gelöscht. Als Mehrheit müssen wir zusammenstehen und dieser modernen Form von Zensur bzw. Einschränkung der Meinungsfreiheit unmissverständlich eine klare Absage erteilen. Meinungsfreiheit ist das Fundament einer intakten Demokratie. In der Corona-Krise offenbarten sich eklatante Schwächen unserer Landesregierung und Bundesämter; anstatt sich auf fundierte wissenschaftliche Daten zu beziehen, wurde der Unfug aus Deutschland kopf- und kritiklos übernommen. Was nicht ins offizielle Narrativ passte, wurde unterdrückt. Berichte über gefährliche Nebenwirkungen und stümperhaft durchgeführte klinische Studien wurden als Verschwörungstheorien abgestempelt. Andere therapeutische Optionen wurden systematisch verunglimpft und es wurde versucht, mittels eines Regimes der Angst die Bevölkerung gezielt zu manipulieren, dies unter gütiger Mithilfe unserer ach so kritischen Presse. Dies nur um zu verdeutlichen, wo wir auch in der Schweiz stehen in Bezug auf Anpassertum und der Bürokratie.

Heute wird uns in schockierender Deutlichkeit vorgeführt, wie verfehlt und dilettantisch unsere **Energiepolitik** der letzten Jahre war. Ähnlich wie in der Corona-Krise tappt man im Dunkeln. Wenn Wissenschaft durch Ideologie ersetzt wird, herrscht das Chaos. Weil die Situation nicht beherrscht werden kann, stürzt man sich ins politische Mikromanagement der Bevölkerung: «Duschen zu zweit, Deckel auf den Topf, Heizen bei 18 Grad, Pullover anziehen, Brennholz und Kerzen kaufen, Strassenbeleuchtungen abstellen etc. ganz nach dem Motto: «zurück in die Höhle». Anstatt sich zur Fehlstrategie bzw. zum totalen Bankrott der letzten Jahre zu bekennen und gezielt nach glaubwürdigen Lösungen zu suchen bzw. diese umzusetzen, wirbt Frau Sommaruga mit treuherzigem Blick und dem Hinweis auf Europa für Solidarität. Eine falsch verstandene Solidarität und Gutmenslichkeit sollen von der unverzeihlichen und krassen Fehlleistung des UVEK – des Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation – ablenken. Man kann es nicht anders ausdrücken: die grüne Politik der letzten Jahre ist kläglich gescheitert. Pikanterweise werden just jene PolitikerInnen beim Fliegen erwischt, die am lautesten nach der Abschaffung des Flugverkehrs schreien. Offenbar gilt hier der Grundsatz: vor dem Gesetz sind alle gleich, einige sind jedoch gleicher. Fazit: Wer grüne Politiker wählt ist wirklich selber schuld! Dass obendrein die EU und allen voran Deutschland und leider nun auch die Schweiz – notabene in krasser Verletzung unserer Neutralität – Sanktionen gegen Russland beschlossen haben, ohne sich die Folgen überlegt und einen glaubwürdigen Plan B zu haben, ist ein Skandal epischen Ausmasses. Würden Top-Manager in Firmen solche Fehler begehen, sie würden sofort fristlos entlassen! Es ist kaum zu glauben: trotz der eklatanten und täglich zur Schau gestellten Inkompetenz der EU gibt es immer noch Kreise, die einen EU-Beitritt oder als ersten Schritt in diese Richtung einen für uns ungünstigen Rahmenvertrag unterzeichnen wollen.

Wie können wir dagegenhalten?

**Ich halte es hier mit Bertolt Brecht: «Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht».** Selbstverständlich stets innerhalb des rechtlichen Rahmens!

Ich beginne mit dem Thema **Neutralität**: Im Rahmen des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine haben wir gesehen, wie schnell, kritiklos und

im vorauseilenden Gehorsam unsere Landesregierung die EU-Sanktionen übernommen hat. Anstatt die umfassende bewaffnete Neutralität als uns 1815 auferlegte Verpflichtung und Chance zugleich aufzufassen wird mittels Worthülsen wie «kooperative Neutralität» und anderem Unsinn versucht, unsere Neutralität leichtfertig aufzuweichen. Im Ausland werden diese Tendenzen wahrgenommen und nicht zu unserem Vorteil interpretiert. Es bleibt dabei: wir haben eine bewaffnete und umfassende Neutralität. Ende der Durchsage. Daran gibt es nichts zu rütteln! Und deshalb müssen wir unsere Bevölkerung für die historischen Zusammenhänge sensibilisieren, das Verständnis für die Bedeutung und Wichtigkeit wecken und diese Form der umfassenden, Schweizerischen Neutralität ein für alle Mal in der Verfassung verankern. Darauf werden wir heute Nachmittag noch näher eingehen. Es ist absolut beschämend, dass ausländische Repräsentanten wie etwa der ehemalige US-Botschafter der USA in der Schweiz uns die Vorzüge unserer Neutralität erklären müssen! Es fällt auf, dass Schweizer Geschichte an unseren Schulen nur noch rudimentär behandelt wird, geschweige denn die Zusammenhänge unserer direkten Demokratie. Generell müssen wir in unseren Schulen wieder das Interesse an Schweizer Geschichte und Kultur wecken und auch unsere zugezogenen Mitbewohner miteinbeziehen. «Swissness» ist nicht nur ein erfolgreicher Brand, sondern eine durch uns alle vorzulebende Lebenseinstellung und Haltung, die wir hoch erhobenen Hauptes gegenüber Dritten zeigen sollen.

Damit leite ich über zu unserem **Verhältnis zur EU**: es ist schon kurios, zu beobachten, wie unsere Exekutive quasi im Büsserhemd gegenüber der EU auftritt. Auf keinen Fall darf es zu einer institutionellen Anbindung an die EU oder einer Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit des EuGH kommen, weder unter dem Titel Rahmenabkommen oder unter einem neuen anderen Tarnbegriff. Ich werde gerade in Asien und den USA immer wieder gefragt, weshalb die Schweiz sich so stark auf Europa fokussiert ist und nicht ein besonderes Augenmerk auf die wirklichen Wachstumsmärkte legt. In der Tat verliert die EU für uns im Aussenhandel zusehends an Bedeutung, sodass wir unseren Fokus dringend ausweiten müssen. Und wenn man sieht, wie sich die EU im Russland-Ukraine Konflikt amateurhaft verheddert, verheisst das nichts Gutes für die künftige Position der EU in der Welt. Unsere Universitäten hingegen beschwören gebetsmühlenartig die Notwendigkeit des Horizon-Forschungsprogramms und des Erasmus-Austauschs. Bei genauerem Hinsehen bemerkt man aber, dass Horizon eine Giesskanne ohne wirkliche Stossrichtung ist, dass

viele Gelder aufgrund des bürokratischen Prozesses liegen bleiben und seit Jahren daraus kein Nobelpreis mehr resultierte. Und notabene: unter den Top 50 Universitäten findet sich aus dem EU Raum lediglich eine kleine französische Universität auf Rang 44. Ansonsten gähnende Leere. Die Milliarden, die sinnlos an die EU bezahlt werden, kommen einer modernen Form von Ablasszahlungen gleich. Vor diesem Hintergrund wäre es doch viel sinnvoller, anstatt unsere Mittel in der EU zu versenken, dieselben gezielt in qualitativ hochstehende internationale Forschungsprojekte mit Spitzenuniversitäten in den USA, Grossbritannien und Asien zu investieren. Zusätzlich sollten wir unser duales Ausbildungssystem, um das uns viele Länder beneiden, weiter ausbauen. Gutes und professionelles Handwerk ist mehr denn je gefragt.

Die **Coronakrise** hat uns die Schwächen einer globalisierten Welt gerade in Bezug auf das Beschaffungswesen aufgezeigt. Hier gilt es, wie übrigens auch im **Energiesektor**, die notwendigen Ressourcen zu schaffen, um die Schweizer Bevölkerung auch im Notfall autark versorgen zu können. Zu glauben, man könne sich in der Krise auf unsere Nachbarstaaten verlassen, ist naiv. Wir müssen die Versorgungssicherheit im Bereich Energie, Nahrung und weiterer Güter wieder mehr gewichten. Abhängigkeiten vom Ausland schränken dabei unsere Handlungsfreiheit und Sicherheit ein. Ebenfalls gilt es autokratischen Übergriffen in die Souveränität der Schweiz eine Absage zu erteilen. Das Bestreben der Weltgesundheitsbehörde WHO uns mit ihrem zwielichtigen Präsidenten und fragwürdigen Hintermännern eine globale Pandemiepolitik nach ihrem Gusto aufzuzwingen, ist mit aller Vehemenz zurückzuweisen. Darüber hinaus müssen wir auch den Einsitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat mit Argusaugen beobachten und den Internationalisten beim EDA, im Bundesrat und Parlament Paroli bieten.

Und last but not least komme ich auf das Thema **Armee** zu sprechen. Als ehemaligen Offizier schmerzt es mich, defätistische Aussagen unseres CdA und des Parteipräsidenten der FDP zu hören, wonach die Schweiz sich nur 2 Tage lang verteidigen könne. Wenn das stimmen würde, so gehörte die Armeeführung in corpore abgesetzt. Allerdings werden solche Argumente eher ins Feld geführt, um uns eine engere Anlehnung an die NATO schmackhaft zu machen. Diesen Bestrebungen sind sowohl aus neutralitätspolitischer und strategischer Hinsicht eine klare Absage zu erteilen. Jedes Land hat eine Armee: entweder die eigene oder eine fremde ...dieser lapidare Grundsatz gilt auch heute noch. Unsere Erfahrungen des 2. Weltkriegs zeigen klar die Bedeutung einer glaubwürdigen Armee

für einen Kleinstaat. Anstatt unsere Landesverteidigung peu-à-peu an die NATO auszulagern, müssen wir uns auf unsere alten Tugenden der Selbstverteidigung und Selbstbehauptung zurückbesinnen. Unsere Armeeangehörigen sollen nicht nur Slalomstangen und das WEF bewachen, sondern für das Gefecht inkl. Häuserkampf, ABC-Abwehr und logistische Unterstützung der Kampftruppen intensiv geschult werden. Kampfflugzeuge und eine grossflächige Flugabwehr sind vordringlich. Auch der Kampf bzw. Kampfvorbereitungen im operativen Vorgelände mit Truppen oder Drohnen gehören ins Repertoire. Unsere Armeeangehörigen, Truppenkörper und Verbände sind deshalb vollständig und modern auszurüsten. Gerade der Ukrainekonflikt hat die Notwendigkeit einer raschen Mobilisation der Streitkräfte aufgezeigt. Es ist unverständlich, dass wir unser früher tadellos funktionierendes Mobilmachungssystem mit der Armee 21 zwecks Angleichung an die NATO abgeschafft haben. Zudem ist der Schutz kritischer Strukturen bezüglich Durchhaltefähigkeit während mehrerer Monate sicherzustellen. Hier muss ein rasches Umdenken erfolgen. Es ist absolut stossend, dass sich ehemalige Militärdienstverweigerer, Pazifisten und sonstige Amateure in die Diskussion über die Auswahl von Waffensystemen bzw. deren Notwendigkeit einmischen und eine nähere Einbindung in die NATO fordern. Grundsätzlich spricht nichts dagegen, gemeinsame Übungen mit Stäben, in der Logistik und Katastrophenhilfe durchzuführen, es darf aber keineswegs zu gemeinsamen Kampf - oder Volltruppenübungen kommen. Die Schweiz muss nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bewaffneten Neutralität selber das Notwendige vorkehren, um eine schlagkräftige und glaubwürdige Armee zu haben. Alles andere hiesse, das Schicksal herauszufordern.

Damit komme ich zum Schluss und fasse zusammen:

Ich habe eine erste **Auslegeordnung von Themen** angesprochen, mit denen sich die Schweiz zwingend auseinandersetzen muss. Wir werden im Vorstand diskutieren, welche Themen mit welcher Dringlichkeit angegangen werden und Sie entsprechend auf dem Laufenden halten. Ein Kommunikationskonzept ist ebenfalls in Erarbeitung.

Die Schweiz kann auf eine beachtliche **Erfolgsstory** zurückblicken. Diese basiert auf harter Arbeit, Umsicht und zugegebenermassen auch einem Quäntchen Glück. Wir müssen wachsam sein und jegliche Tendenz zur

staatlichen Bevormundung und Einschränkung der individuellen Freiheit konsequent bekämpfen. Wir brauchen nicht mehr Staat, sondern WENIGER Staat! Eine verfehlte und wissenschaftlich nicht abgestützte Klimapolitik gepaart mit einer nicht fundierten, dirigistischen Gesundheitspolitik auf der Basis einer massiven Umverteilung sowie einer totalen Unterwerfung unter die EU und NATO führen unweigerlich in die Sackgasse und machen uns auf Gedeih und Verderben vom Ausland abhängig. Wir müssen alles vorkehren, damit die Schweiz weiterhin aus einer Position der Stärke und mit Selbstbewusstsein agieren kann. Dazu gehört auch, dass wir Sicherheit als umfassenden Begriff verstehen: Armee, Polizei, Ernährung, Energie, Rohstoffe und Medikamente/Gesundheitsprodukte. Pro Schweiz kann und soll proaktiv informieren und gezielte Massnahmen/Aktionen planen und umsetzen. Dazu gehört auch das Zugehen auf Andersdenkende! Wir benötigen eine eigentliche nota bene geistige «Levée en masse», wobei jedes Mitglied aktiv andere Mitglieder anwerben soll. Nur so können wir politische Schlagkraft entfalten. Lassen wir uns nicht vom hohlen Pathos gewisser Kreise einlullen, sondern ganz im Gegenteil: wachen wir auf und setzen uns aktiv ein für eine souveräne, neutrale und unabhängige Schweiz!

Dabei geht es zusammengefasst um Folgendes:

- Wir wollen keine Abkommen – weder wirtschaftliche noch sonstige – die unsere direkte Demokratie und Souveränität in irgendeiner Weise einschränken
- Wir wollen eine immerwährende, bewaffnete Neutralität
- Die Schweiz darf keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitreten (Ausnahme: direkter Angriff auf die Schweiz)
- Wir verzichten auf nicht-militärische Zwangsmassnahmen («Sanktionen») gegen kriegsführende Staaten
- Wir kommen unseren Verpflichtungen gegenüber der UNO vollumfänglich nach
- Wir bieten unsere «guten Dienste» zur Verhinderung und Lösung von Konflikten an

In diesem Sinn danke ich Ihnen herzlich für Ihr Engagement und Ihre tatkräftige Unterstützung.

Oder um es in Neudeutsch auszudrücken: **Switzerland first and forever!**  
Auf dass es so geschehe!

Pro Schweiz – Pro Suisse – Pro Svizzera – Pro Svizra  
Postfach, 3800 Lauterbrunnen

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen!

**Kontakt, contact, contatto:** Werner Gartenmann, 079 222 79 73